

DAS MEMORANDUM 2012

Das Memorandum 2012 trägt den Titel: *„Europa am Scheideweg- Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat“*. Damit wird deutlich gemacht, dass es sich in diesem Jahre schwerpunktmäßig mit den heutigen Wirtschaftsproblemen der EU bzw. der Europäischen Währungsunion befasst. Die Autoren des Memorandums gehen von der Feststellung aus, dass sich nach optimistischen Prognosen der herrschenden Politik für 2012 inzwischen eine gesamtwirtschaftliche Abkühlung entwickelt habe. Auf die Bundesrepublik bezogen bedeute das, dass insbesondere wegen der starken Exportorientierung und der Eurokrise sogar eine Rezession nicht auszuschließen sei. Insoweit schlage das Verhalten der Bundesrepublik auf sie selbst zurück, weil ein Land, das nur seine eigene Wettbewerbsfähigkeit und Exportüberschüsse im Auge habe, für die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise und die Krise im Euroraum erhebliche Mitverantwortung trage. Das Verhalten sei auch unverantwortlich, weil es Länder mit Defiziten in ihrer Leistungsbilanz, wie zum Beispiel Griechenland, Portugal, Spanien und Italien in noch größere Schwierigkeiten treibe. Für den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik stellt das Memorandum fest, dass die registrierte Arbeitslosigkeit gegenüber den Vorjahren zurückgegangen sei, was allerdings nichts an dem Weiterbestehen der Massenarbeitslosigkeit ändere. Außerdem müsse die Tatsache gesehen werden, dass 4,1 Millionen Menschen unterbeschäftigt seien. Das vorherrschende Problem auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik sei die Prekarisierung der Erwerbsarbeit. Damit sind die wachsende Zahl von Teilzeitbeschäftigten, die hohe Anzahl von Mini-Jobs und Niedriglohnjobs sowie die vielen befristeten Arbeitsverhältnisse gemeint.

Die Autoren des Memorandums betrachten es als einen großen wirtschaftspolitischen Fehler, jetzt auf die sogenannte „Schuldenbremse“ zu setzen und sie auch noch im Grundgesetz zu verankern. Auf diese Weise werde die Politik von Bund und Ländern gezwungen Staatsausgaben weiter abzubauen, wenn ihre Einnahmehasis nicht verbessert werde. Aufgrund der „Schuldenbremse“ sei dann mit der Reduzierung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zu rechnen mit der Konsequenz, dass nicht trotz sondern wegen der „Schuldenbremse“ die staatliche Defizitquote erhöht werde.

Das Memorandum 2012 sieht in der seit 30 Jahren betriebenen neoliberalen Wirtschaftspolitik eine zentrale Ursache der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie habe zu einer gewaltigen Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Besitzeinkommen ge-

führt. Das wird am Beispiel der Bundesrepublik nachgewiesen, denn die Umverteilung zeige sich an der Entwicklung der Lohnquote sowie an den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Die Umverteilung in der Bundesrepublik und auch in anderen Ländern habe für ein Zurückbleiben der gesellschaftlichen Nachfrage, eine zu geringe Investitionsentwicklung in der Realwirtschaft und eine überschüssige Liquidität gesorgt, die in den Finanzsektor geflossen sei. Eine Deregulierung des Finanzwesens war zusätzlich dafür mitentscheidend, dass es schließlich dazu gekommen sei, dass das Finanzwesen außer Kontrolle geriet und nur durch eine massive Staatsverschuldung vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde. Diese Staatsverschuldung führte im weiteren bei einer Anzahl von Euroländern zu großen Finanzierungsproblemen, die bei griechischen Staatsanleihen 2010 ihren Anfang nahmen, sich bei weiteren Staatsanleihen fortsetzten und bis heute andauern.

Die Memogruppe zeigt, dass es der herrschenden Politik nicht gelungen ist, eine Stabilisierung der Finanzmärkte zu erreichen. Es treten immer wieder akut Finanzprobleme auf und auch die langfristige Strategie der EU geht nach Auffassung der Memogruppe am Kern der Sache vorbei. Durch die Verlängerung der „Schuldenbremse“ in den Euroraum werde das Problem der ökonomischen Ungleichgewichte in Europa nicht gelöst, da auf diese Weise kein Wachstums- und Investitionskurs der betroffenen Länder erreicht werde.

Die Alternativen zur herrschenden Politik hat die Memogruppe seit Jahren vorgelegt und werden auch im Memorandum 2012 wiederholt.

1. Es ist ein öffentliches Investitions- Beschäftigungs- – und Umbauprogramm in die Wege zu leiten.
2. Der öffentliche Sektor ist zu stärken insbesondere im Bildungssektor und bei sozialen Dienstleistungen.
3. Zur Bekämpfung der Prekarisierung des Arbeitsmarktes muss eine umfassende Re-Regulierung stattfinden. Das bedeutet unter anderen, dass Mini-Jobs abzuschaffen sind und verstärkt sozialversicherungspflichtige Arbeit entstehen muss.
4. Der Finanzsektor ist umgehend und umfassend zu regulieren, die Abhängigkeit des Staates von den Finanzmärkten muss durchbrochen werden.
5. Die staatlichen Steuereinnahmen sind zu erhöhen und das Steuersystem ist sozial gerecht zu gestalten.
6. Es ist eine einmalige Vermögensabgabe für Spitzenverdiener zu erheben, die Vermögenssteuer ist auf Dauer wieder einzuführen.

Diese und andere alternative Maßnahmen müssen auf längere Sicht mit einer umfassenden Demokratisierung des Wirtschaftslebens verbunden werden, eine Perspektive, die die Memogruppe ebenfalls seit vielen Jahren formuliert.